

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Northeim

Birte Kiel-Just • Beethovenstr. 5 • 37154 Northeim

Herrn Bürgermeister
Harald Kühle
Rathaus

20. Oktober 2007

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister.

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Northeim beantragt, dass das Verbrennen pflanzlicher Abfälle in der Kernstadt Northeim nicht mehr zugelassen wird. Für die Ortschaften soll per Allgemeinverfügung gemäß BrennVO vom 2.1.04 das Brennen so zugelassen werden, wie es die jeweiligen Ortsräte für ihren Ort beschließen.

Begründung:

Nach vielen Diskussionen in Ausschuss- und Ratssitzungen wurden per Allgemeinverfügung des Bürgermeisters verschiedene Brenntagsregelungen in den letzten Jahren ausprobiert. Es hat sich herausgestellt, dass in der Kernstadt mit keiner der Varianten das Brennen ohne erhebliche Beeinträchtigung der Luft und damit des Wohls unserer Bürgerinnen und Bürger möglich ist.

Im Herbst 2004 und im Frühjahr und Herbst 2005 war das Brennen an je 4 Samstagen erlaubt. Durch diese Konzentration auf nur 4 Tage im Monat war das Ergebnis eine unerträgliche Belastung der Luft und ein die ganzen Tage anhaltender Gestank.

Aus diesem Grund wurde nach einer anderen Lösung gesucht und so das Brennen in den Monaten März und Oktober täglich (außer an Sonn- und Feiertagen) von 8-18 Uhr erlaubt.

Doch auch diese Regelung hat sich als absolut unbefriedigend herausgestellt. Das Brennen konzentriert sich nach wie vor auf die Samstags, so dass schon morgens ab 8 Uhr ein Brandgeruch in der Luft hängt und den ganzen Tag über anhält. Könnte man an einem der letzten (oder im März ersten) schönen Tage im Jahr seine Zeit noch einmal draußen verbringen, Wäsche aufhängen, im Garten arbeiten, spazieren gehen oder auch nur faulenzen, so vergeht einem die Lust daran spätestens, wenn man hinaustritt und unmissverständlich an

die Tatsache erinnert wird, dass ja Brenntag ist. Sicher ist die Belastung der Bürgerinnen und Bürger je nach Wohnviertel unterschiedlich stark, doch aus allen Bereichen der Kernstadt kommen Klagen über diesen Missstand.

An den Werktagen verteilen sich die Gartenfeuer zwar mehr, doch immer wieder kokelt und stinkt es irgendwo. Hinzu kommt, dass in vielen Fällen die erforderlichen Abstände nicht eingehalten werden und dieses nach Aussagen der Verwaltung auch nicht kontrolliert und ggf. geahndet werden kann. Auch auf die Wetterlage nehmen etliche Brenner keine Rücksicht, es wird auch bei Nebel oder Regenwetter Feuer gemacht. Sogar Brandbeschleuniger werden verbotenerweise eingesetzt. Kommen Besucher aus der Umgegend am Samstag nach Northeim, um einzukaufen oder bummeln zu gehen, werden sie an den Ortseingängen bereits von lodernden Feuern, Qualm und Gestank "begrüßt", da die Feuerkonzentration gerade in diesen Gegenden besonders groß ist.

Ein generelles Brennverbot in der Kernstadt ist aus folgenden Gründen erforderlich:

- 2 Monate im Jahr Belästigung durch Qualm und Gestank, dadurch erhebliche Belastungen gerade für gesundheitlich angeschlagene Menschen und Asthmatiker
- dadurch auch erhebliche Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensqualität der Menschen durch Reduzierung der Möglichkeiten, sich ohne Belastung und Belästigung im Freien aufzuhalten
- trotz vieler Hinweise in der örtlichen Presse werden vielfach Abstände nicht eingehalten, schlechte Wetterbedingungen ignoriert und Brandbeschleuniger wie Benzin benutzt, was verwaltungsseitig nicht kontrolliert werden kann.
- Northeim stellt sich an Brenntagen auswärtigen Besuchern nicht gerade als attraktive Stadt dar.
- Für das Verbrennen von Gartenabfällen gibt es bei uns in Northeim zahlreiche und preiswerte Alternativen, so dass Brenntage absolut nicht nötig sind, auch nicht bei großen Grundstücken.
- Alle reden (zu Recht) von Feinstaubbelastung und Klimawandel, und hier werden ohne Not zusätzliche Schadstoffemissionen verursacht.
- Die im Verhältnis zur Gesamteinwohnerschaft doch recht geringe Anzahl an "Brennern", die mit einem Brennverbot (bzw. der Nichtgenehmigung des Brennens) vielleicht nicht einverstanden ist, steht der Masse der Northeimerinnen und Northeimer gegenüber, die aus den genannten Gründen ein Brennverbot dringend herbeisehnen.

Da die Situation in den Ortschaften sich aufgrund der Bebauungsdichte erheblich von der der Kernstadt unterscheidet, soll den Ortsräten Gelegenheit gegeben werden, für ihren Ort eine jeweils eigene Regelung zu finden. Dass es eventuell dann zu unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Ortschaften kommen kann, wird als unproblematisch angesehen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Birte Kiel-Just
(stellv. Fraktionsvorsitzende)